und die proletarische Klassenjustiz in der Sowjetunion verbindet.

Ob der Sozialdemokratie noch dazu der Nationalfeiertag bewilligt wird, hängt ab von ihrer Gefügigkeit in den anderen Fragen.

Gegen das Hermann-Müller-Kabinett, gegen seine Auftraggeber schonungslosen Kampf der um die brennendsten Tagesforderungen sich sammelnden Arbeiter und werktätigen Massen bis zum Sturz dieses sozialdemokratischen Kabinetts des Trustkapitals.

Die Deutschnationalen gegen Lambach

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand hier die Reichstagsfraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Die wichtigsten Fragen waren die Neuwahl des Fraktionsvorstandes und der Fall Lambach. In der Angelegenheit Lambach wurde eine Entschließung angenommen, in der das Verhalten des Fraktionskollegen nicht gebilligt wird. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde wiederum Graf Westarp gewählt.

Heinrich Kaufmann †

Der Vorsitzende der Genossenschafter gestorben

Hamburg, 2. Juli 1928.

Heute ist hier das Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann, gestorben. Er war bereits seit längerer Zeit krank und nahm deshalb zum ersten Male an dem diesjährigen fünfundzwanzigsten Genossenschaftstag nicht teil.

Kaufmann war ein Sozialdemokrat, der sich schon in seinen jüngeren Jahren der Genossenschaftsbewegung widmete. Er war schon an den Auseinandersetzungen im allgemeinen Verband beteiligt, die im Jahre 1902 in Kreuznach mit dem Ausschluß der 98 Roten Konsumvereine endete. Seit der Gründung des Zentralverbandes im Jahre 1903, war Kaufmann Sekretär und später Vorstand des Verbandes. Er war nicht nur in Deutschland, sondern auch durch seine Tätigkeit im internationalen Genossenschaftsleben bekannt, wo er sich insbesondere bemühte, die Einheitsfront gegen die Sowjetgenossenschaft zu schaffen.

Kaufmann ist schon immer ein ausgesprochener Reformist gewesen. 1902 kämpfte er bereits gegen Kautsky und Fleißner, die damals Forderungen für eine proletarische Genossenschaftspolitik stellten. Er war von einem unversöhnlichen Haß gegen eine proletarische Orientierung der Genossenschaftsbewegung beseelt.

Verschärfung der Streiklage in Griechenland

Athen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen mit der Regierung über die Beilegung des Streiks der Tabakarbeiter sind gescheitert. Der Streikausschuß der Arbeiter hat nunmehr beschlossen, den Generalstreik für ganz Griechenland zu proklamieren.

Rankings Kampf gegen die Kommunisten

TU Peking, 2. Juli.

Aus Nanking wird gemeldet, daß die Nankingarmee etwa 4000 Kommunisten entwaffnet habe. Zahlreiche Maschinengewehre, Infanteriegewehre und Artillerie wurde ihnen abgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich auch Ausländer, die zumeist führende Stellungen einnehmen. Im Norden der Provinz Honan wurden 21 Kommunisten erschossen.

Die RGI für Unterstützung der chinesischen Revolution

Moskau, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Verwaltungsrat der Roten Gewerkschaftsinternationale hat beschlossen, einen internationalen, 14 Tage dauernden Propagandafeldzug für die chinesische Arbeiterbewegung vorzubereiten. Die russischen Gewerkschaften kündigen die Ueberweisung von 100 000 Rubel aus ihren Organisationen für das chinesische Proletariat an.

Der Renegat Körner

Der aus der IAH und der KPD ausgeschlossene Körner, der in den Spalten der Freitaler Volkszeitung gegen die KPD und ihre leitenden Funktionäre einen Schmutzkübel nach dem anderen ausgießt und der SPD verlogenes Material zum Kampfe gegen die Kommunisten liefert, ist gestern abend mit etwa acht Mann gewaltsam in das Kinderheim der IAH in Freital eingedrungen. Körner bemächtigte sich der Schlüssel, die er von den Türen abzog. Er verging sich in wüstesten und gemeinsten Beschimpfungen gegen den dort anwesenden Landessekretär Schumann, und versuchte denselben unter brutaler Anwendung von Gewalttätigkeiten aus dem Heime zu entfernen. Nachdem das Kinderheim von dem Landessekretär abends mit Hilfe der zweiten Schlüssel abgeschlossen und die Schlösser von ihm durch Sicherungen verwahrt wurden, ist heute morgen festgestellt worden, daß das Heim gewaltsam geöffnet worden ist. Wie uns heute morgen der Landesausschuß mitteilte, wird die gesamte Angelegenheit Körner auf Grund der neuerlichen Vorgänge dem Staatsanwalt übergeben.

Regierungsschacher auch bei den Sozialdemokraten

Prag den 28. Juni 1928.

Vor einigen Tagen versammelte sich der Zentralausschuß der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei in Prag, um über „die gegenwärtige politische Lage zu beraten". Diese Körperschaft tritt nur selten zusammen und wird von den Diktatoren in der Parlamentsfraktion nur einberufen, wenn diese selbst nicht den Mut haben, die Verantwortung für einen neuen Verrat am Proletariat zu tragen. Auch diesmal geht es wieder um dieselbe Absicht.

Die tschechische Sozialdemokratie steht unerschütterlich „auf dem Boden unseres Staates" und ist deshalb zu jeder Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie bereit. In den rein sozialdemokratischen Regierungen, in der allnationalen Koalition, immer half sie der Bourgeoisie, sich entweder vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiter zu schützen oder auf den Trümmern Altösterreichs die kapitalistische Herrschaft der tschechoslowakischen Ausbeuter zu errichten und zu festigen. Nach jahrelangen Bemühungen versetzte sie dadurch die Bourgeoisie in die Lage, ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft an die Durchführung eines rein kapitalistischen Bürgerblockprogramms zu gehen. Die Sozialdemokratie war bereit gewesen, auch hier mitzuhelfen, die Bourgeoisie mußte sie fast mit Gewalt von der Regierung fernhalten, denn sie wußte, daß die Teilnahme an der Regierung von 1925 die Sozialdemokratie derart kompromittieren würde, daß sie für die Gegenwart und für die Zukunft jeden Wert als Verbündeter verlieren müßte. So hörte damals die offene politische Arbeitsgemeinschaft auf und die Sozialdemokratie ging Anfang 1926 in „loyale" Opposition.

Auf wirtschaftlichem Gebiete bestand die Arbeitsgemeinschaft ununterbrochen weiter. Im Interesse „unserer Wirtschaft" übt die Sozialdemokratie praktischen Wirtschaftsfrieden. Sie bekämpft jeden Streik, wenn nötig, durch Streikbruch, verhindert Solidaritätskundgebungen, ist bei Verhandlungen von Kollektivverträgen immer bereit, das Diktat der Unternehmer anzuerkennen, die Forderungen der Arbeiter zu drücken und die Verträge möglichst auf mehrere Jahre zu schließen, „um unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt" zu sichern. Ihre neueste Taktik geht darauf aus, die Vertreter der revolutionären Gewerkschaften bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern auszuschließen. Sie schrecken nicht davor zurück, gegen den direkten Willen der Arbeiter, die Sekretäre der Roten Gewerkschaften mit Hilfe von Polizei von den Verhandlungen zu entfernen. So gelang es ihnen jetzt wieder, die Verträge der Bau-, Metall- und Glasindustrie allein zu unterfertigen. Sie schaffen sich ein Verhandlungsmonopol.

Aber die Arbeiterklasse reagiert auf die Bürgerblockpolitik mit wachsendem Widerstand. Sie protestiert in immer stürmischeren Demonstrationen gegen die Pläne der Kapitalisten. Die Sympathien für die Kommunistische Partei erfassen immer breitere Massen, die sich den gegen die Unterdrückung Kämpfenden anschließen. Die [illegible] Streiks, immer mehr unter Führung der Roten Gewerkschaften, [illegible] nehmen hartnäckigere Formen an. Die Begeisterung, mit der [illegible] sich die Arbeiterschaft von Stadt und Land auf den — vom Bürgerblock natürlich verbotenen — Roten Tag der Kommunistischen Partei vorbereitet, hat der Bourgeoisie gezeigt, daß sie sich auf eine entscheidende Auseinandersetzung mit dem revolutionärem Proletariat vorbereiten muß. Doch wagt sie das ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht. Deswegen geht jetzt der Bürgerblock daran, der Arbeiterschaft das Schauspiel der Annäherung an die Sozialdemokratie zu bieten. Er will den Anschein erwecken, als strebte er selber nach einem Ausgleich der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Und die Sozialdemokratie geht auf das Spiel freudig ein.

Der Grund dafür, daß die Sozialdemokratie 1925 oppositionell geworden [illegible], war die Absicht des Bürgerblocks, die Sozialversicherung zu „verbilligen", die Steuergesetze zugunsten der Kapitalisten zu reformieren und unter dem Vorwande der Verwaltungsreform das ganze Land einer zentralisierten, hemmungslosen Bureaukratie auszuliefern. Jetzt verhandeln die Vertreter der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion mit den Vertretern des Bürgerblocks über die „Beseitigung dieser Hindernisse" einem gegenseitigen Einvernehmens. Sie verlangen, daß die Sozialversicherung — nicht etwa verbessert werde, sondern — nicht noch weiter verschlechtert werde, als die „Sachverständigen" ihr Gutachten abgegeben haben. Sachverständige sind in diesem Falle bürgerliche Statistiker und Universitätsprofessoren. Sie verlangen, daß die Steuerreform nicht die Lasten den Besitzenden aufbürde, sondern nur, daß sie „Erleichterungen für die Konsumenten bringe, und daß bei der Verwaltungsreform zunächst nicht das frühere, vom Bürgerblock geraubte Wahlrecht wieder eingeführt, sondern nur, daß die Regierung gehindert werde, Mitglieder der Bezirks- und Landesvertretungen zu ernennen.

Diese bescheidenen Forderungen sind übriggeblieben von dem „entscheidenden Kampfe, den die Sozialdemokratie bereit war, nicht nur im Parlament, sondern auch auf der Straße nicht nur allein, sondern in Einheitsfront mit den Kommunisten zu führen". An Stelle dieses Kampfes, der nie geführt worden ist, tritt jetzt die Parole „Wiederbeteiligung an der Macht" um jeden Preis. Der Zentralausschuß sollte diese taktische Wendung bestätigen und billigen. Für die Scheinkonzessionen, die das Regime des Bürgerblocks nicht im geringsten berühren, werden die Sozialdemokraten bereit sein, den entscheidenden Schlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterstützen und ihn als Kampf „für die Demokratie und für unsere Republik" zu maskieren und sogar selbst zu führen.

Aber der Rote Tag, den die Arbeiter von Prag und in allen Teilen des Landes für den 5. und 6. Juli vorbereiten, wird zeigen, daß ein neuer Betrug der Arbeiter wie 1918 nicht mehr möglich ist, daß das Proletariat in der KP ihren wahren Führer erkannt hat und sich in immer breiteren Massen zum Schutze seiner Partei rüstet.

70 Todesopfer in Roches la Moliere

Noch 20 Bergarbeiter unrettbar verloren?

TU. Paris, 2. Juli.

Wie zu dem Grubenunglück in Roches-la-Moliere noch weiter bekannt wird, soll die Grube, in der sich das Unglück ereignete, nach Aussagen der Ingenieure besonders gefährlich sein. Der letzte Brand war im Jahre 1925 ausgebrochen, konnte aber damals ohne Verlust von Menschenleben eingedämmt werden. Nach der in der Humanité wiedergebenen Auffassung eines der gereiteten Bergarbeiter soll das Feuer seit drei Jahren nie gelöscht worden sein, so daß sich die Kohlengase im Stollen ansammelten. Das gleiche Blatt will im Gegensatz zu den amtlichen Feststellungen wissen, daß in der Grube noch 20 Arbeiter eingeschlossen seien, für deren Rettung keine Hoffnung mehr besteht, was die Zahl der amtlich mit 48 angegebenen Todesopfer auf gegen 70 erhöhen würde. Die Mehrzahl der Todesopfer fand durch Erstickung den Tod, ein namhafter Teil der Bergleute dadurch, daß sie sich auf der Flucht vor den Gasen in der Dunkelheit und in der Angst an den Grubenhölzern und Wänden die Stirn einrannten. Die meisten Verstorbenen waren verheiratet und hinterlassen insgesamt 57 Kinder von weniger als 13 Jahren. Einige Bergleute hinterlassen eine Frau mit sieben bis neun Kindern. Am Montag vormittag wurden die 48 Todesopfer auf dem Friedhof beigesetzt. Der internationale Bergarbeiterkongreß von Clairmont-Ferrand beschloß am Sonntag vormittag eine Unterstützung für die Hinterbliebenen. Von den Toten sind 31 Franzosen, 11 Polen, 4 Marrokaner, 1 Italiener und 1 Tschechoslowake. Außerdem sind noch neun Schwervergiftete geborgen worden.

Die kommunistische Kammergruppe hat eine Interpellation über die Schuldfrage bei dem Grubenunglück eingebracht. In einem weiteren Antrag fordert sie sofortige Unterstützung der Hinterbliebenen.

Wieder ein Unglück in Böhlen

1 Arbeiter getötet

Die Nachrichtenstelle Sächsischer Werke teilt mit:

In der Kohlenmahlanlage des Braunkohlen- und Großkraftwerkes Böhlen ereignete sich heute 6,30 Uhr in einer in Betrieb befindlichen Mühle eine Verpuffung, wodurch diese Mühle stark beschädigt wurde. Leider wurde durch herumfliegende Trümmer der Mechaniker Petermann aus Leipzig, der mit dem Ablesen der Kontrollinstrumente beschäftigt war, tötlich verletzt. Der Mühlenwärter Kaschik konnte sich dagegen retten, erlitt jedoch beim Zurseitespringen einen Beinbruch.

Vom Tage

Der „Krassin" in der Nähe der Lundborg-Gruppe

Keine Nachricht von Babuschkin

TU. Kowno. Nach einer Meldung aus Moskau befindet sich der Eisbrecher „Krassin" in der Nähe der Lundborg-Gruppe. Man hofft, daß der Eisbrecher sich bis unmittelbar an die treibende Mannschaft heranarbeiten wird. Nobile hat dem Kapitän des „Krassin" durch Funkspruch gebeten, ihn an Bord zu nehmen, um bei den Rettungsarbeiten behilflich zu sein. Er erhielt aber zur Antwort, daß der Eisbrecher Befehl habe, sich ohne Aufenthalt an die Unglücksstelle zu begeben.

Von dem verschollenen Flieger Babuschkin fehlt noch immer jede Nachricht. Bis zum 6. Juli reichen die Lebensmittel, die Babuschkin mit sich führt, so daß man noch nicht das Schlimmste befürchtet.

Familientragödie in Wien

TU. Wien. In ihrer Wohnung wurde die Frau eines Maschinisten mit ihren beiden Kindern, einem 12jährigen Knaben und einem 7jährigen Mädchen, durch Kohlenoxydgas vergiftet, tot aufgefunden. Die Erhebungen ergaben, daß es sich um Doppelmord und Selbstmord wegen ehelicher Zwistigkeiten handelt.

Tod beim Baden

TU. Wien. Drei Mädchen, die in den Donau-Auen an einer seichten Stelle badeten, gerieten plötzlich an eine tiefe Stelle und gingen unter. Während ein Mädchen geborgen werden konnte, fanden die beiden anderen den Tod.

6 Personen an Typhus erkrankt

TU. Siegburg. 6 Personen erkrankten in dem bei Siegburg gelegenen Algert an Typhus. Die Erkrankten wurden in die Isolierabteilung des Siegburger Krankenhauses gebracht. Die Gefahr der Weiterverbreitung des Typhus besteht, da von Algert große Mengen Milch nach Siegburg geliefert werden.

Zwei Personen wegen sieben Frank ermordet

TU. Paris. In der Nähe von Amiens ermordete ein 17jähriger Bursche zwei Schwestern im Alter von 63 bzw. 70 Jahren durch Beilhiebe und Durchschneiden der Kehlen mit einem Rasiermesser, um aus der Ladenkasse ganze sieben Franken stehlen zu können.

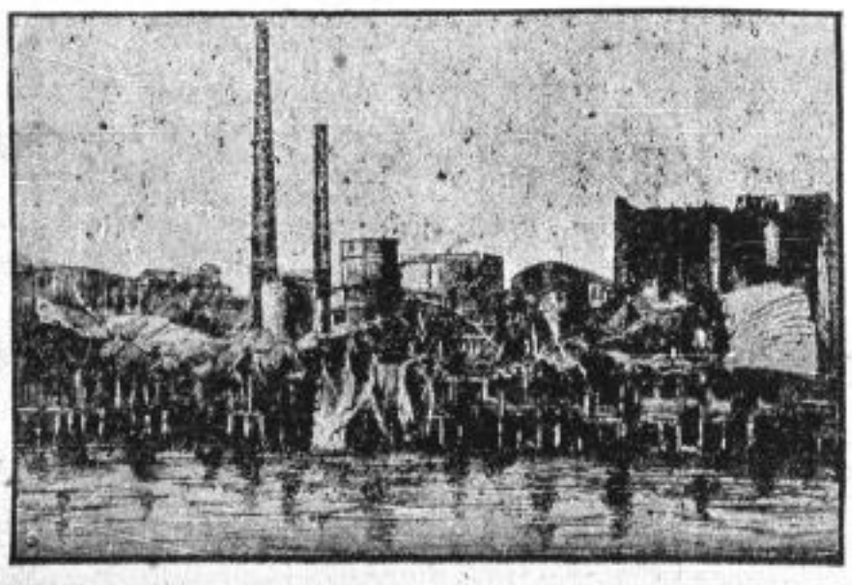
200 Kraftdroschken verbrannt

TU. Paris. Im Wagengebäude der Pariser Kraftdroschkengesellschaft in Auberoilliers brach am Montag ein Großfeuer aus. Ueber 200 Kraftdroschken wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beläuft sich auf über 2 Millionen Franken.

Großfeuer im Hamburger Hafen

(Nebenstehendes Bild)

In einem am Reiherstieg gelegenen Schuppen einer Mineralölfirma in Hamburg brach vermutlich durch einen **Funkenflug** ein Brand aus, der den ganzen Hafenbezirk gefährdete. Infolge eines Sturmes griff der Brand auf benachbarte Oellager über, so daß die Feuerwehr aus 28 Rohren Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung und damit einen unermeßlichen Schaden zu verhüten. Unsere Aufnahme zeigt die **Brandstätte nach den Löschungsarbeiten.**



Glänzender Sieg der Opposition im Berliner DMV

Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Bei sehr starker Beteiligung fanden die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag des DMV statt. Es wurden abgegeben: für die oppositionelle Liste B 22 112 Stimmen, die reformistische Liste A 17 899 Stimmen und ungültig waren 235 Stimmen.

Bei der Wahl 1926 hatte die Opposition 13 625 Stimmen, die Reformisten 10 595 Stimmen, d. h. die Berliner Metallarbeiterschaft lehnt in ihrer großen Mehrheit die reformistische Politik ab. Sie hat sich für die Opposition entschieden. Zum anderen wird auch durch diese Wahl bestätigt, daß die sozialdemokratische Ortsverwaltung in Berlin zu Unrecht an ihrer Stelle steht, daß sie die übergroße Mehrheit der organisierten Berliner Metallarbeiterschaft seit Jahren nicht mehr hinter sich hat. Die Metallarbeiter haben damit entschieden, daß sie nicht einverstanden sind mit der Schlichtungspolitik in der gegenwärtigen Manteltarifbewegung. Dieser Sieg der Opposition im Metallarbeiterverband ist der beste Beweis, daß die Masse des Berliner Proletariats, die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiterschaft, entschlossen ist, Schluß zu machen mit dem reformistischen Schlichtungsschwindel und den Kampf aufzunehmen gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik, gegen die kapitalistische Klasse.

Weitere Ergebnisse der DMV-Wahl

	Liste A	Liste B
Düsseldorf	1531	1296
Krefeld	185	86
München-Gladbach	132	286
Barmen	822	425
Opladen	73	485
Solingen	**1189**	**1055**
Velbert	410	553
Essen	1542	1330
Bochum	654	442
Gelsenkirchen	613	281
Herne	138	144
Gotha	30	316
Altstadt	263	87
Pirna	185	176
Heidenau	242	218
Berggießhübel	30	44
Sebnitz	9	10